

Die Rentenversicherung

Organ für den Bundesverband der Rentenberater e.V.

Rentenbescheinigungen und der Bundesfinanzhof

51. Jahrgang
Heft 6 – Juni 2010
– Vorabdruck –
Autor: Walter Vogts

Von Walter Vogts*

Renten aus gesetzlichen Rentenversicherungen und andere Leistungen der Basisversorgung im Alter sind inzwischen regelmäßig nicht mehr mit dem Ertragsanteil zu versteuern. Der Einstieg in eine Stufenregelung zur nachgelagerten Besteuerung hat 2005 begonnen, damals mit einem zu besteuern den Anteil von 50 Prozent der Rente. Bei einem Rentenbeginn im Jahr 2010 beträgt der Besteuerungsanteil bereits 60 Prozent.

Aber: Steuerpflichtige können ausdrücklich beantragen, dass bestimmte Teile ihrer Rente weiterhin nur mit dem in jedem Fall erheblich niedrigeren Ertragsanteil besteuert werden. Wenn bei Beginn der Rente das 65. Lebensjahr des Rentenberechtigten vollendet war, beträgt der Ertragsanteil zum Beispiel nur 18 Prozent.

Diese attraktive Regelung wird als „Öffnungsklausel“ bezeichnet, ist jedoch an besondere Bedingungen geknüpft, ausgerichtet am Beitragszahlungsverhalten zurückliegender Jahre. Gemäß § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG ist die günstigere Besteuerung anzuwenden:

- auf Antrag für Leibrenten und andere Leistungen, soweit diese auf bis zum 31. Dezember 2004 geleisteten Beiträgen beruhen, die oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wurden,
- wenn der Steuerpflichtige nachweisen kann, dass der Betrag des Höchstbeitrags mindestens zehn Jahre überschritten wurde,
- soweit hiervon im Versorgungsausgleich übertragene Rentenanwartschaften betroffen sind. Dann gilt § 4 Absatz 1 des Versorgungsausgleichsgesetzes entsprechend.

Man vermutete bei den gesetzgeberischen Beratungen im Finanzausschuss des Bundestages als damit zu begünstigende Personen: Selbstständige als Pflichtversicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung, in die gesetzliche Rentenversicherung freiwillig eingetretene Selbstständige sowie Selbstständige als Erbringer von Beitragsleistungen an berufsständische Versorgungswerke.

Von einzelnen berufsständischen Versorgungseinrichtungen ist bekannt, dass nach deren Satzungen Pflichtbeiträge in Höhe der 2,5-fachen Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung möglich waren.

Selbstverständlich dürfen alle Beiträge „systemübergreifend“ zusammengezählt werden: zur gesetzlichen Rentenversicherung, zu den landwirtschaftlichen Alterskassen und an berufsständische Versorgungswerke. Es war keineswegs ungewöhnlich, dass zum Beispiel Ärzte, Ingenieure, Steuerberater oder Rechtsanwälte außer zum Versorgungswerk auch durch weitere Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung (insbesondere im Rahmen der freiwilligen Versicherung oder durch Sonder-Nachentrichtungen) für das Alter vorgesorgt haben.

Auslegung des BMF

Gesetze sind „aus sich heraus“ leider kaum verständlich, lassen Zweifelsfragen offen. Darum ist es in der Finanzverwaltung üblich, bei gesetzlichen Neuregelungen so genannte BMF-Schreiben abzuwarten. Das Bundesministerium der Finanzen äußerte sich zum Sonderausgabenabzug und zur Besteuerung von Versorgungsbezügen und Renten am 24.2.2005 und aktualisierte diese am 30.1.2008 (BStBl I 2008, 390).

Der Öffnungsklausel waren im zuletzt veröffentlichten Rundschreiben

die Randziffern 133–159 gewidmet. Damit erfuhren Steuerbürger, deren Berater und die Finanzämter, dass zur Anwendung der Öffnungsklausel ein Antrag notwendig sei, dass für die Zehn-Jahres-Grenze das „In-Prinzip“ gelte, wie die geleisteten Beiträge zu ermitteln und zu bescheinigen seien und wie der Teil der Leistung ermittelt werden müsse, der auf Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrags beruht.

Aus den Beispielen des BMF:

- a) Versicherter V entrichtet Beiträge (nur) zu einer berufsständischen Versorgungseinrichtung, teils mehr, teils weniger als den Höchstbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung – von den Leistungen unterliegt hier ein Anteil von 29,85 Prozent der besonderen Besteuerung.
- b) Steuerpflichtiger N entrichtete Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und an eine berufsständische Versorgungseinrichtung. Zudem zahlte er 1981 für 1965 – 1978 insgesamt 22.100 DM nach. Dazu wird noch angegeben, dass die Nachzahlung in 1981 allein nicht zur Anwendung der Öffnungsklausel führt, weil nur 1981 und nicht 1965 – 1978 berücksichtigt werden könne. Da andererseits jedoch unabhängig von der Nachzahlung in mindestens zehn Jahren an die berufsständische Versorgung Beiträge oberhalb des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet wurden, könne dennoch die Öffnungsklausel angewendet werden.

Dass jemand ausschließlich im System der gesetzlichen Rentenversicherung für zehn oder mehr Jahre oberhalb des Höchstbeitrags eine Beitragsleistung

hätte erbringen können, war vom BMF ganz offensichtlich nicht in Betracht gezogen worden.

- Das Wort „Höherversicherung“ taucht im gesamten BMF-Schreiben überhaupt nicht auf. Obwohl die Höherversicherung – jedenfalls bis 1997 – Realität war und gerne genutzt wurde, bot das Bundesministerium der Finanzen den Rechtsanwendern keine Hilfestellung, wie mit den Rentenleistungen daraus zu verfahren sei.
- Ganz eindeutig ist jedoch die Anweisung, dass es für die Beurteilung ausschließlich darauf ankomme, **in** welchem Jahr und nicht **für** welches Jahr die Beiträge gezahlt wurden (In-Prinzip).
- Für jedes Jahr ist der Teil der Leistung, der auf Beiträgen oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags beruht, gesondert zu ermitteln.

Wenn Steuerpflichtige die Zahlung von Beiträgen an mehr als einen Versorgungsträger nachweisen, kann die Öffnungsklausel zum Beispiel sowohl auf die Rente aus der berufsständischen Versorgungseinrichtung als auch auf die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung anzuwenden sein.

Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung

Rentenversicherungsträger erläutern durch Merkblätter, Broschüren und im Internet (Bereich > Rente > Rentensteuer) auch das, was der zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtete Rentner als schwierig empfinden könnte. Zur Öffnungsklausel heißt es:

- Zusätzlich übersenden die Rentenversicherungsträger auf Antrag einmalig eine Bescheinigung über die während des gesamten Versicherungslebens vom Rentner eingezahlten Beiträge, um damit gegenüber dem Finanzamt die Öffnungsklausel beantragen zu können. Gleichzeitig wird auch der Anteil der Rente, der auf bis zum 31.12.2004 gezahlten Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrages der gesetzlichen Rentenversicherung beruht, in einem Prozentsatz ausgewiesen.
- Die Öffnungsklausel ist allerdings nur für einen relativ kleinen Anteil der Rentner anwendbar, da bis Ende 2004 für mindestens 10 Jahre Beiträge oberhalb des Höchstbeitrages der gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet worden sein müssen. In der Praxis sind dies unter Anderem (ehemalige) Versicherte, die neben den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung (oder ausschließlich) Beiträge zu einer berufsständischen Versorgungseinrichtung gezahlt haben.
- Generell ist entscheidend, wann der Beitrag eingezahlt wurde (In-Prinzip) und nicht, für welche Zeiten die Beiträge verwendet wurden. Dies ist vor allem bei nachgezahlten Beiträgen nach früheren Nachzahlungsvorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung (zum Beispiel nach § 282 a. F. SGB VI, Art. 2 §§ 49a/51a ArVNG) zu beachten. Die 10-jährige Beitragsleistung oberhalb des Höchstbeitrages braucht nicht zeitlich zusammenhängend erbracht worden zu sein.

Keine Erwähnung der Höherversicherung. Wegen des In-Prinzips vermutet man bei der Deutschen Rentenversicherung, dass nur ein „relativ kleiner Teil der Rentner“ von der Öffnungsklausel betroffen oder begünstigt sein könne.

Der Bundesfinanzhof (BFH) sieht das anders

Zwei aktuelle Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

- X R 53/08 vom 19.1.2010
- X R 58/08 vom 4.2.2010

haben sich mit der so genannten Öffnungsklausel befasst, also einer Bestimmung des Einkommensteuerrechts, von der mehr Personen profitieren können, als es bisher Finanzverwaltung und Rentenversicherungsträger wahrhaben wollten:

Grundsätzliche Aussagen des höchsten deutschen Steuergerichts:

- Im Gegensatz zur Auffassung der Finanzverwaltung (und entgegen den BMF-Schreiben) kommt es nicht allein darauf an, **in** welchem Jahr die Beiträge gezahlt wurden, sondern auch darauf, **für** welche Jahre die Beiträge geleistet wurden.
- Der jeweilige Höchstbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung ist auch dann maßgeblich, wenn nur für einen Teil des Jahres Beiträge gezahlt worden sind.
- Der gesetzlich geforderte Zehnjahreszeitraum der sog. Öffnungsklausel begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

In den vom BFH entschiedenen Fällen waren Beiträge für 1956 bis 1972 sowie für 1949 bis 1959 nachgezahlt worden. Mit diesen Zahlungen wurden die damaligen (!) Höchstbeiträge der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten stets überschritten.

BMF-Schreiben vom 30.1.2008 wird überarbeitet

Der Bundesfinanzhof hat klar und unmissverständlich sowie unter Zitierung des BMF-Schreibens vom 30.1.2008 die bisher von der Finanzverwaltung vertretene Auffassung verworfen.

Damit kann auch die Deutsche Rentenversicherung nicht mehr an die Anweisungen des BMF zur Öffnungsklausel, zur Zehn-Jahres-Grenze, zum maßgeblichen Höchstbeitrag, zur Ermittlung der geleisteten Beiträge und zum Nachweisverfahren gebunden sein.

Folgerichtig bemüht sich das Bundesministerium der Finanzen darum, zwecks Neufassung ein Einvernehmen dazu mit den Obersten Finanzbehörden der Länder herzustellen. Kammern und Verbände haben Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Äußerung des Bundesverbandes der Rentenberater e.V.

Der Vorstand des Bundesverbandes der Rentenberater hat sehr ausführlich mit Schreiben vom 10.5.2010 der Bitte des BMF entsprochen und sich zu vorgesehenen neuen Anweisungen geäußert.

Es blieb nicht aus, dabei auch bisherige Verfahrensweisen kritisch zu beleuchten und Vorschläge zu unterbreiten, um die Verfahrensabläufe bürgerfreundlicher zu gestalten.

Auskünfte der Rentenversicherungsträger

Steuerpflichtige sind auf sachgerechte Auskünfte (im Sinne von „Bescheinigungen“) der Rentenversicherungsträger angewiesen, um ihr steuerliches Antragsrecht zu erkennen und wahrzunehmen.

Rentenberater kritisieren die Mitteilungen / Bescheinigungen der Rentenversicherungsträger zur Öffnungsklausel: Diese sind leider nicht nachvollziehbar, weder für Rentenbezieher bzw. Steuerpflichtige noch für steuerliche Berater und auch nicht für die Finanzverwaltung. Beispiel:

Wir haben den Teil der Rente ermittelt, der auf Beiträgen bis zum 31.12.2004 oberhalb des Höchstbeitrags der allgemeinen Rentenversicherung beruht...

Bei der dynamischen Rentenleistung haben wir aus den Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrags der Allgemeinen Rentenversicherung Entgeltpunkte errechnet und diese ins Verhältnis zu den Entgeltpunkten aus rentenrechtlichen Zeiten gesetzt, die der maßgebenden Gesamtrente zugrunde liegen.

Bei der Zusatzleistung aus Beiträgen der Höherversicherung haben wir das Verhältnis aus dieser Zusatzleistung bestimmt.

Der gemeinsame Verhältniswert ergibt sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Einzelrentenbeträge, die der Ertragsanteilsbesteuerung unterliegen, zu dem Gesamtrentenbetrag aus dynamischer Rentenleistung und der Zusatzleistung aus Beiträgen der Höherversicherung – jeweils zum Zeitpunkt des Rentenbeginns.

Grundlage ist der Rentenbescheid vom xxx, mit dem Ihnen ab xxx eine Rente wegen Alters bewilligt wurde.

*Wenn die Öffnungsklausel anzuwenden ist, beträgt der Verhältniswert (Prozentsatz), der in die Anlage R zur Einkommensteuererklärung einzutragen ist, **xx,xx Prozent**.*

Alle geleisteten Beiträge werden zwar festgestellt (= bescheinigt) und somit nachgewiesen. Aber: Die eigentliche Kernaussage, die Ermittlung des auf Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrags beruhenden Teils der Leistung, wird nicht rechnerisch nachvollziehbar belegt, sondern ausschließlich ein „Verhältniswert zur Anwendung der Öffnungsklausel“ mitgeteilt.

Dem Bürger wird es in sonst keinem Lebensbereich (mehr) zugemutet, lediglich eine Zahl – zum Beispiel die Höhe der zustehenden Rente – ohne rechnerisch nachvollziehbare Begründung zu akzeptieren.

Fallgestaltungen der Öffnungsklausel

In der gesetzlichen Rentenversicherung sind zwei völlig unterschiedliche Systeme zusammengefasst worden, nämlich

1. Grundversicherung = Pflicht- und freiwillige Versicherung nach dynamischem Prinzip,
2. Höherversicherung = statische Leistung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

In beiden Systemen sind – je für sich oder in Kombination miteinander – Überschreitungen der Höchstbeiträge denkbar.

Beispiel eines ehemaligen Angestellten

Er war von 1956 bis 1967 wegen Überschreitung der Jahresarbeitsverdienstgrenze nicht versicherungspflichtig bzw. von der Versicherungspflicht befreit, wurde wegen Rechtsänderung ab 1.1.1968 angestelltenversicherungspflichtig, entrichtete seitdem unter Beteiligung seines Arbeitgebers bis zum Rentenbeginn stets Höchstbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Er konnte nach Art. 2 § 49a AnVNG im Zeitraum 16.10.1972 – 31.12.1975 die Nachzahlung freiwilliger Beiträge für 1956 – 1967 beantragen und zahlte insgesamt 23.328 DM in zwei Raten (1974 = 8.208 DM und 1976 = 15.120 DM).

- a) Nach bisheriger, aber vom BFH verworfener Auffassung, wurde die Anwendung der Öffnungsklausel versagt, weil nur **in** zwei Kalenderjahren (1974 und 1976) die Höchstbeiträge überschritten wurden.
- b) Nach den Grundsätzen der neuen BFH-Entscheidungen wird der Rentenversicherungsträger zur Anwendung der Öffnungsklausel (berichtigend oder erstmalig) Folgendes zu bestätigen haben:

Jahr	Zur allgemeinen Rentenversicherung in 1974 und 1976 für nachstehende Jahre nachgezahlte Beiträge	Höchstbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung	Somit wurden oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags gezahlt
1956	1.296 DM	990 DM	306 DM
1957	1.296 DM	1.215 DM	81 DM
1958	1.296 DM	1.260 DM	36 DM
1959	1.728 DM	1.344 DM	384 DM
1960	1.728 DM	1.428 DM	300 DM
1961	1.728 DM	1.512 DM	216 DM
1962	1.728 DM	1.596 DM	132 DM
1963	2.160 DM	1.680 DM	480 DM
1964	2.160 DM	1.848 DM	312 DM
1965	2.592 DM	2.016 DM	576 DM
1966	2.592 DM	2.184 DM	408 DM
1967	3.024 DM	2.352 DM	672 DM
	23.328 DM	19.425 DM	3.903 DM

Es handelt sich damit um einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren. Die Ermittlung des Teils der Rentenleistung aus Beiträgen oberhalb des Höchstbeitrags bringt keinerlei Besonderheiten mit sich.

Beispiel zur Höherversicherung

Ein Steuerpflichtiger, also ein ehemals Versicherter, hat **in/für** 1995 insgesamt 30.000 DM zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet, die ihm in Ausübung seines Bestimmungsrechts im Versicherungsverlauf gutgeschrieben und dokumentiert sind:

- 10.000 DM freiwillige Versicherung
- 20.000 DM Höherversicherung

Die Rente begann im 2. Halbjahr 1996.

A. Berechnung der Rentenleistungen aus der Zahlung von 30.000 DM	
aus den Grundbeiträgen von 10.000 DM : 18,6 Prozent = 53.763,44 DM : 50.972,00 = 1,0548 Punkte × 46,67	= 49,23 DM mtl.
aus der Höherversicherung von 20.000 DM × 0,8333 Prozent	= 166,66 DM mtl. = 215,89 DM mtl.
B. Der Höchstbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung 1995 betrug 17.409,60 DM (vgl. auch Anlage zum BMF-Schreiben)	
Oberhalb des Höchstbeitrags sind (30.000,00 – 17.409,60 =) 12.590,40 DM entrichtet worden; die Rentenleistung daraus als Leistung der Höherversicherung beträgt (12.590,40 DM × 0,8333 Prozent)	= 104,92 DM mtl.
C. Somit errechnen sich als Verhältniswert zur Anwendung der Öffnungsklausel (104,92 : 215,89)	= 48,60 Prozent

Nach (bisherigem) Rechenschema der Deutschen Rentenversicherung wird jedoch ein Verhältniswert von nur 41,97 Prozent (!) bestätigt.

Durch das im Regelfall gar nicht nachprüfbar bisherige Bestätigungsverfahren wurden/werden Steuerpflichtige benachteiligt, die im (Teil-) System „Höherversicherung der gesetzlichen Rentenversicherung“ Beiträge entrichteten, wenn sie damit zugleich den Betrag des Höchstbeitrags überschritten haben.

Auswirkung auf Einkommensteuerveranlagungen

Bisher erfolgt eine vorläufige Festsetzung der Einkommensteuer nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 und 4 AO **nur** hinsichtlich der Besteuerung der Einkünfte aus Leibrenten im Sinne des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa EStG. Die Anwendung der Öffnungsklausel wurde und wird damit nicht erfasst.

Erst seit Verkündung der BFH-Urteile vom 19.1.2010 und 4.2.2010 ist allgemein bekannt ge-

worden, dass entgegen den BMF-Schreiben vom 24.2.2005/30.1.2008 in nahezu allen „Nachzahlungsfällen“ der Vergangenheit

- **zum Beispiel nach Art. 2 § 27, § 44a, § 49a, § 50-50c AnVNG und den entsprechenden Regelungen des ArVNG**

die Anwendung der Öffnungsklausel infrage kommen kann.

Im Hinblick darauf hat der Bundesverband der Rentenberater e.V. angeregt, die Festsetzung der Einkommensteuer einstweilen gemäß § 165 Abs. 1 Satz 1 AO vorläufig hinsichtlich der Sonstigen Einkünfte/Leibrenten durchzuführen und Steuerpflichtigen die Möglichkeit zu geben, das Vorliegen der Voraussetzungen zur Anwendung der Öffnungsklausel unter Berücksichtigung des Für-Prinzips bis spätestens zur Abgabe der Einkommensteuererklärung für den Veranlagungszeitraum 2011 nachzuweisen.

Man wird nämlich unterstellen dürfen, dass erstmalige oder berichtigte Bescheinigungen zur Anwendung der Öffnungsklausel von den Rentenversicherungsträgern jedenfalls nicht in absehbar kurzer Zeit zu erhalten sein werden.

Anschrift des Verfassers:
Oberdorfstr. 16
76831 Ilbesheim

* Der Autor war 40 Jahre in der Kanzlei www.vogts-und-partner.de in Karlsruhe tätig als Rentenberater und Rechtsbeistand für Sozial-, Renten- und Versicherungsrecht. Ihm ist nach § 47 Abs. 2 StBerG die Erlaubnis erteilt, sich Steuerberater zu nennen.